

## Albanien, Bulgarien, Rumänien, ehemaliges Jugoslawien

FRANZ-LOTHAR ALTMANN

Im Jahr 1994 zeigten sich in einigen Transformationsländern erste Anzeichen einer Stabilisierung oder gar beginnenden wirtschaftlichen Erholung. Dies trifft vor allem für die vier Visegrád-Länder zu, während die Staaten Südosteuropas weiter mit schweren Krisenerscheinungen in ihren Transformationsbemühungen verharren. Auch in der Außenpolitik schien sich 1994 die Kluft zwischen den Visegrád-Staaten und den südosteuropäischen Transformationsländern eher noch zu weiten, als daß sich ein Gleichschritt in der Annäherung an Kerneuropa gezeigt hätte. Obwohl der Westen seine internationale Glaubwürdigkeit wegen tatsächlicher Handlungsunfähigkeit in der Bosnien-Krise auf dem Balkan geschwächt sehen mußte, tat dies doch den Bestrebungen der Länder in Südosteuropa in ihrer Ausrichtung auf die Europäische Union keinen Abbruch. Auch ihr Anliegen, so schnell wie möglich die NATO-Mitgliedschaft zu erlangen, wurde verstärkt, als Rußland sowohl wieder Anstalten zeigte, auf der internationalen Bühne energischer aufzutreten als auch in seiner unmittelbaren Nachbarschaft und erst recht im Inneren seine Interessen mit Nachdruck zu vertreten. Diese Bestrebungen standen in deutlichem Gegensatz zu dem mangelnden Interesse gegenüber der OSZE. Dies ist vor allem auf die deutlichen Bestrebungen Rußlands zurückzuführen, über die OSZE mehr Einfluß im internationalen Sicherheitsnetz auszuüben. Das Treffen im Dezember in Budapest hatte somit eine gewisse Klarstellung erreicht: Die OSZE kann künftig keine großen Hoffnungen bezüglich ihrer sicherheitspolitischen Funktion mehr wecken. Die einzigen Orientierungspunkte für Südosteuropa bleiben somit die EU und die NATO.

### *Albanien*

Die schwierige wirtschaftliche Lage setzt den Möglichkeiten einer aktiven albanischen Außenpolitik enge Grenzen. Albanien braucht internationale Unterstützung, um seine aus der sozialistischen Zeit ererbte wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit zu überwinden und gleichzeitig auch seine Sicherheit im schwierigen nachbarlichen Umfeld zu festigen.

Um von der NATO weiterhin Militärberater und Ausrüstung für seine kleine 40.000 Mann starke Armee zu erhalten, muß Albaniens Politik bezüglich seiner Konationalen in den angrenzenden Staaten (Restjugoslawien, Mazedonien und Griechenland) auf die mäßigen Einflüsse westlicher Institutionen Rücksicht nehmen. Verständlicherweise nehmen dabei die Vereinigten Staaten unter den

westlichen Ländern den höchsten Stellenwert für Albanien ein, gefolgt von Italien und der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup>. Mitte Oktober 1993 hatte Albanien mit den USA ein militärischen Kooperationsabkommen geschlossen, dem vergleichbare Abkommen mit Großbritannien und Österreich folgten<sup>2</sup>.

Gleichzeitig versucht Albanien gute Kontakte zur islamischen Welt zu halten, nachdem das Land im Dezember 1992 der Islamischen Konferenz beigetreten und zum Jahresende 1992 Mitglied in der Islamischen Entwicklungsbank geworden war. Hier sind vor allem die Beziehungen zur Türkei zu erwähnen. So wurde u. a. die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern intensiviert. Obwohl auch die Geschäftsbeziehungen zwischen der Türkei und Albanien stark ausgebaut wurden, sind für die langfristige Entwicklung des Landes die Beziehungen zur EU von vorrangiger Bedeutung. Hier allerdings hat sich 1994 eine Hürde in Gestalt der dramatischen Verschlechterung der albanisch-griechischen Beziehungen aufgebaut. Die EU hatte Albanien eine Hilfe in Höhe von 35 Mio. ECU zugesichert, die jedoch von Griechenland am 11. Juli mit der Begründung blockiert wurde, daß Albanien die Menschenrechte verletze und die griechische Minderheit im Land unterdrücke. Dieses Verhalten Griechenlands, das von der EU mehrheitlich mißbilligt wurde, weil „die Unterstützung der Europäischen Union entwicklungspolitisch dringend geboten und für die politische und wirtschaftliche Stabilisierung Albanien von erheblicher Bedeutung“ sei, war eine Reaktion Athens auf die scharfen Erklärungen Tiranas nach dem Überfall von sieben verummten Männern in griechischen Uniformen auf eine albanische Kaserne am 10. April 1994. Nachdem in der Folge beide Seiten schrittweise überreagierten, erfolgte eine Entspannung erst zum Ende des Jahres, als Griechenland sich einverstanden erklärte, daß die erste Tranche des EU-Kredits an Albanien ausbezahlt würde. Daraufhin veranlaßte Präsident Berisha, daß die Freiheitsstraßen für einige griechischstämmige Albaner drastisch vermindert wurden.

### *Bulgarien*

Bulgarien war gegen Ende des Jahres 1994, unter der Übergangsregierung Indäova, auf dem Weg einer leichten wirtschaftlichen Stabilisierung. Diese Entwicklung konnte sich jedoch nicht fortsetzen. Grundsätzlich waren Innenpolitik und damit auch teilweise die Außenpolitik gelähmt infolge andauernder politischer Instabilitäten und der daraus resultierenden Unfähigkeit sowohl der Regierung Berov als auch der bereits erwähnten Übergangsregierung Indäova, zu grundsätzlicheren Programmen und Strategien zu gelangen. Natürlich stand die EU an der Spitze der Prioritätenliste in Sofias Außenpolitik, doch ergaben sich wenige Weiterentwicklungen in den beiderseitigen Beziehungen, sieht man von Bulgariens assoziierter Mitgliedschaft in der WEU ab. Es wirkte sich allerdings positiv aus, daß die EU am 15. Juni 1994 als Kompensation für die Verzögerung bei der Ratifizierung des Handelsabkommens die Einfuhrquoten für Bulgarien erhöhte.

Eine gewisse Aufwertung bedeutete für Bulgarien, daß es als erstes, ehemals sozialistisches Land, für ein halbes Jahr den Vorsitz im Europarat erhielt. Der bulgarische Außenminister Stanislav Daskalov verbrachte einen großen Teil seines Vorsitzes mit Reisen, zusammen mit dem neuen Generalsekretär des Europarates, Daniel Tarschys, in andere vormals sozialistische Länder, die ebenfalls Mitglied in dieser Organisation werden möchten. Gerade Rußland unternahm während der bulgarischen Präsidentschaft verstärkte Anstrengungen, in den Europarat aufgenommen zu werden. Ein Reihe führender russischer Politiker traten verstärkt in Sofia auf, nicht nur um die bulgarische Unterstützung für Rußlands Kandidatur zum Europarat zu erhalten, sondern um gleichzeitig auch den bulgarischen Gastgeber wegen seines Drängens in die NATO zu kritisieren. Bulgarien war ja am 14. Februar 1994 der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) beigetreten.

Zwei Tage nach der Unterzeichnung des PfP-Vertrages schloß Bulgarien mit Griechenland ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit, und nur ganze zwei Wochen später wurde ein allgemeines Abkommen über militärische Hilfeleistungen, einschließlich der Unterstützung in militärischer Planung und Organisation, mit der NATO unterzeichnet. Bereits im Sommer war Bulgarien Gastgeber für die Marinemanöver „Breeze '94“, in die sieben Schwarzmeerländer und die USA involviert waren<sup>3</sup>.

#### *Rumänien*

Rumänien versuchte 1994 vor allem, einen sicheren Platz in der NATO-Gemeinschaft zu erhalten, was schon dadurch dokumentiert wurde, daß Rumänien als erstes ehemaliges Warschauer-Pakt-Land bereits am 26. Januar 1994 den PfP-Vertrag unterschrieb. In der Folge statteten höchste NATO-Offizielle sowie einige NATO-Delegationen Rumänien Besuche ab und versprachen Unterstützung für die Umstrukturierung und Modernisierung der rumänischen Armee<sup>4</sup>. Im Mai wurde Rumänien zudem ein assoziierter Partner der WEU.

Probleme hatte Rumänien allerdings in seinen Beziehungen zum Europarat. Im Mai 1994 veröffentlichte der Europarat einen kritischen Bericht über Menschen- und Minderheitenrechte in Rumänien, sechs Monate später entschied der Rat jedoch, auf eine weitere Beobachtung der Entwicklung in diesem Bereich in Rumänien zu verzichten, nachdem Präsident Iiescu zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 4. Oktober in Straßburg gesprochen und der neue Generalsekretär Tarschys Ende Oktober Bukarest besucht hatte.

Hinsichtlich des angestrebten EU-Beitritts Rumäniens besteht ein breiter überparteilicher Konsens sowohl in den politisch aktiven Zirkeln als auch in der Bevölkerung. Ein Problem auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft besteht jedoch weiterhin in dem gespannten Verhältnis zu Ungarn aufgrund der ungeklärten bilateralen Fragen bezüglich der ungarischen Minderheit in Rumänien.

*Ehemaliges Jugoslawien*

## Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro)

Trotz einiger Erfolge in der Bekämpfung von Inflation und Produktionsrückgang als Ergebnis einer harten fiskalischen Politik von Dragoslav Avramović befindet sich Restjugoslawien immer noch in einer überaus schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage. Alle offiziellen außenpolitischen Anstrengungen zielen deshalb auf eine teilweise, wenn nicht sogar totale Aufhebung des Wirtschaftsembargos ab. Diesem Bestreben liegt auch der am 2. August 1994 offiziell verkündete Bruch mit den bosnischen Serben zugrunde. Belgrad warf ihnen vor, sie würden gegen gesamtserbische Interessen verstoßen, wenn sie den internationalen Friedensplan für Bosnien-Herzegowina nicht unterschreiben. Als Anfang Oktober 1994 Belgrad der Stationierung von internationalen Beobachtern an der Grenze zwischen Serbien und dem serbisch besetzten Teil Bosniens zustimmte, war der Weg für eine teilweise Aufhebung der Sanktionen frei.

## Slowenien

Sloweniens unzweifelhafte wirtschaftliche Erholung war überschattet durch innenpolitische Streitigkeiten und außenpolitische Probleme mit den beiden Nachbarn Italien und Kroatien. Ähnlich wie im Falle Rumänien ist die EU prinzipiell daran interessiert, daß Slowenien in der Annäherungszeit an Westeuropa auf eine Lösung seiner außenpolitischen Probleme mit dem östlichen Nachbarn bedacht ist. Hier handelt es sich u. a. um die Frage, wieviel Mengen an Energie Kroatien aus dem gemeinsam finanzierten Atommeiler im slowenischen Krsko zustehen, sowie um Grenzstreitigkeiten im Golf von Piran und um Besitztümer slowenischer Bürger an der dalmatinisch-kroatischen Küste.

Schwerwiegender als die sicherlich demnächst lösbaren Probleme mit Kroatien stellten sich zunächst die Auseinandersetzungen mit Italien über die von diesem geforderten Entschädigungen für Italiener, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aus früher zu Italien gehörenden Gebieten Istriens vertrieben wurden, dar. In der zweiten Jahreshälfte eskalierte der Streit zwischen Ljubljana und Rom, als Italien neben den erwähnten Entschädigungsansprüchen nicht nur zusätzlich den freien Zugang zum Bodenmarkt in Slowenien forderte, sondern den Anspruch erhob, den Slowenen, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf italienischem – heute slowenischem oder kroatischem – Territorium gelebt hatten, auf Wunsch einen italienischen Paß auszustellen. Als die am 2. September 1994 in Rom abgehaltenen bilateralen Gespräche auf Staatssekretärebene kein Ergebnis brachten, legte Italien anlässlich der Ministertagungen der EU am 31. Oktober und 28. November sein Veto gegen die Aufnahme von Verhandlungen der EU über ein Assoziierungsabkommen mit Slowenien ein.

## Kroatien

Während Slowenien sich vor allem aus wirtschaftlichen Gründen nach Brüssel orientieren muß, besitzt Kroatien angesichts seiner besonders schwierigen Sicherheitslage auch noch das dringende Anliegen, über die wirtschaftliche und politische Anbindung an Westeuropa eine indirekte sicherheitspolitische Absicherung und Unterstützung gegenüber den Serben auf eigenem Territorium und auch gegenüber Restjugoslawien zu erhalten. In dieser Hinsicht war das im März 1994 in Washington durch die USA vermittelte Rahmenabkommen zur Bildung einer muslimisch-kroatischen Föderation Bosnien-Herzegowina ein wichtiger Schritt, der geeignet schien, eine endgültige Regelung der Bosnien-Frage zu fördern. Zagreb verfolgte durch den Vertragsabschluß auch die Absicht, Europa zu signalisieren, daß Kroatien konstruktiv die Bemühungen der europäisch-amerikanischen Kontaktgruppe unterstützen wird. Weitere bahnbrechende außenpolitische Erfolge in den Beziehungen zu Westeuropa lassen jedoch auf sich warten.

## Bosnien-Herzegowina

Das Andauern des Krieges schränkte die Möglichkeiten außenpolitischer Handlungen der Regierung in Sarajevo auf die Versuche ein, den Westen zu militärischem Eingreifen oder zumindest zu einer Aufhebung des Waffenembargos gegenüber (dem muslimischen) Bosnien-Herzegowina zu bewegen. Zwei wichtige Erfolge konnten dabei verbucht werden. Zum einen die Unterzeichnung des Rahmenabkommens von Washington zur Bildung einer muslimisch-kroatischen Föderation Bosnien-Herzegowina im März 1994 und zum zweiten die Einsetzung des ehemaligen Bremer Bürgermeisters Koschnick als verantwortlichen Leiter für den Wiederaufbau in der immer noch geteilten Stadt Mostar. Bezüglich der Einbindung der NATO in die militärischen Verwicklungen in Bosnien konnte Sarajevo einen Teilerfolg erzielen, als am 28. Februar 1994 NATO-Flugzeuge vier Flugzeuge jugoslawischer Herkunft, die aus der serbischen Krajina in den bosnischen Luftraum eingedrungen waren, abschossen. Hinzu kam, daß sich die russische Balkanpolitik als äußerst sprunghaft und unberechenbar zeigte, was der bosnischen Regierung Anlaß bot, die Westmächte umso mehr vor der Gefahr eines Wiedererstarkens des russischen Einflusses in der Region zu warnen und auf eine Aufhebung des Waffenembargos gegenüber Bosnien zu pochen.

## Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien

Wie im Vorjahr bestimmten hauptsächlich die Beziehungen zu Griechenland Mazedoniens Außenpolitik. Nachdem am 9. Februar 1994 auch die USA Mazedonien anerkannt hatten, setzte Griechenland eine Woche später die Sperrung der Grenze zu Mazedonien durch. Diese Aktion brachte Mazedoniens Wirtschaft an den Rand des Ruins, da nicht nur notwendige Rohstoff- und Nahrungsmittelim-

porte stark behindert wurden, sondern auch ständige Exportverluste in Höhe von schätzungsweise 62 Mio. Dollar pro Monat entstanden. Griechenlands Diplomatie verhinderte auch Mazedoniens Eintritt in die OSZE und den Europarat und behinderte Mazedoniens Zugriff auf bilaterale und multilaterale Finanz- und sonstige Hilfen. Da jedoch die übrigen EU-Mitgliedstaaten und auch die USA das Verhalten Griechenlands mißbilligten, konnte Mazedonien trotz allem mit den europäischen Institutionen seine Beziehungen ausbauen. Nicht nur, daß die EU Druck auf Griechenland ausübte und sogar vor dem EuGH eine Klage gegen das Embargo einleitete, die EU stellte Mazedonien auch Geld für dessen Volkszählung zur Verfügung und überwies 23 Mio. ECU zur Überwindung der Energie- und Nahrungsmittelknappheiten. Auch der Europarat unterstützte aktiv die Volkszählung in Mazedonien und versuchte vermittelnd zwischen den mazedonischen Behörden und der albanischen Minderheit zu wirken.

Die EU konnte Mazedonien jedoch nicht hinsichtlich der gewünschten Unterstützung für den Ausbau einer neuen West-Ost-Achse in Form einer Autobahn oder einer Eisenbahnstrecke vom albanischen Adriaafen Durres über Tirana, Skopje und Sofia nach Istanbul entgegenkommen. Natürlich steht Griechenland diesem Projekt ablehnend gegenüber, da es selbst den Ausbau der alten Via Egnatia durch Nordgriechenland nach Thessaloniki befürwortet sowie den Bau einer Küstenstraße entlang der Adria von Ioannina nach Norden wünscht. Somit blieb Mazedonien zunächst nichts anderes übrig, als seine Beziehungen mit dem Nachbarland Bulgarien zu intensivieren. Im Mai 1994 wurde bekanntgegeben, daß Bulgarien und Mazedonien ihre Eisenbahnnetze miteinander verbinden und damit den ersten Schritt zu einem West-Ost-Transitkorridor unternehmen<sup>5</sup>.

### Anmerkungen

- 1 Reuter, Jens: Albaniens Außenpolitik: Balanceakt zwischen nationalen Sicherheitsinteressen und panalbanischen Träumen, in: Südosteuropa 1-2 (1995), S. 89 ff.
- 2 Hoppe, Hans-Joachim: Bedrohungs- und Sicherheitsperzeptionen in Albanien, in: BIOst Aktuelle Analysen v. 11. 11. 1993.
- 3 Engelbrekt, Kjell: Political Turmoil, Economic Recovery, in: Transition v. 30. 1. 1995, S. 20.
- 4 Vgl. Gabanyi, Anneli Ute: Rumäniens Sicherheit und die NATO, in: Südosteuropa 1-2 (1994), S. 1 ff.; Shafir, Michael/Ionescu, Dan: The Tangled Path Toward Democracy, in: Transition v. 30. 1. 1995, S. 53.
- 5 Mickey, Robert W.: Unstable in a Stable Way, in: Transition v. 30. 1. 1995 und Archiv der Gegenwart 8 (1994).

### Weiterführende Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union, Gütersloh 1995.
- Faini, Riccardo/Portes, Richard (Hrsg.): European Union Trade with Eastern Europe. Adjustments and Opportunities, London 1995.
- Seitz, Robert/Müller, Bernhard: Albanien, Land im Aufbruch, Ulm-Kisslegg 1994.